

# zfsö

## ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Dieter Fauth **3** Martin Luthers Zinskritik als Chance und Belastung für heutige Geldreformbestrebungen
- Hans Günter Wagner **11** Zwischen Vernunft und Emotion  
Wirtschaftsethische Paradigmen (I)
- Beate Bockting **21** Negativzinsen: Erkenntnisstand bei einer Konferenz der Brookings-Denkfabrik
- Ulrich Kriese **30** Grundsteuerreform – Die Politik in der Sackgasse?
- Christiane Schwarz **33** Die Landfrage – Kernpunkt des Konflikts in Kolumbien
- Hans-Jürgen Burchardt **40** Agrargenossenschaften in Kuba – Mit angezogener Handbremse in die Zukunft
- Dirk Löhr **49** „Tinbergen reloaded“: Mehrfache Dividende oder mehrfache Neutralität?
- Ulrich Schachtschneider **63** Ökologisches Grundeinkommen – Freiheitliche Umwelt- und Sozialpolitik
- 71** Bücher – Veranstaltungen

# Ökologisches Grundeinkommen – Freiheitliche Umwelt- und Sozialpolitik\*

Ulrich Schachtschneider

In diesem Beitrag geht es um die Idee eines durch Besteuerung problematischer Umweltverbräuche finanzierten Grundeinkommens, um ein „Ökologisches Grundeinkommen“. Es ist eine mögliche freiheitliche Antwort auf zentrale ökologische und soziale Probleme zeitgenössischer marktwirtschaftlich orientierter Ökonomien.

Zweifelsohne handelt es sich gegenwärtig noch um eine gesellschaftliche Utopie, aber es ist keine reine Idee, sondern eine „konkrete Utopie“ (Bloch), ein möglicher Entwicklungsweg. Im Beitrag werde ich zeigen, dass diese Regulierungs-idee nicht auf ein abgehobenes Utopia hofft, sondern einen an gegenwärtigen Problemen und Auseinandersetzungen anknüpfenden politischen Reformvorschlag darstellt – eine Antwort auf bestehende Sackgassen der Umweltpolitik, die auf bestehenden Grundwerten moderner Gesellschaften aufbaut.

Ich werde zunächst skizzieren, warum eine Öko-Steuer die Rückverteilung braucht, also einen Öko-Bonus bzw. in ausgebauter Stufe ein „Ökologisches Grundeinkommen“. Das Prinzip kombiniert ökologische Besteuerung mit Umverteilung nach unten und wird gleichzeitig der möglichen Vielfalt ökologisch verantwortlicher Lebensstile gerecht (1). Doch auch umgekehrt wird ein Schuh daraus: Ein Grundeinkommen braucht die Ökosteuer. Ohne sie als wesentliche Finanzierungsquelle gibt es keine Sicherheit, dass eine Gesellschaft mit Grundeinkommen eine bessere Ökobilanz haben wird (2). Ein Grundeinkommen ist zudem ein möglicher Katalysator für eine Postwachstumsökonomie – wenn die allgemeine Freiheitserweiterung des Grundeinkommens denn von den ökonomisch Handelnden in

dieser Richtung genutzt wird. Es macht ein an postmateriellen Basisgütern orientiertes Gutes Leben leichter möglich und unterstützt den Orientierungswandel vom Haben zum Sein (3). Um die Existenzweise des Seins auch in der Erwerbsarbeit konkurrenzfähig zu machen, darf dort Partizipation und Entschleunigung nicht zum ökonomischen Nachteil werden – dies ist nur mit einer deutlichen Verschiebung der Gewichte von Steuern auf Arbeit und Ressourcen zu erreichen (4).

## 1 Öko-Steuer braucht Öko-Bonus

Ökonomische Instrumente der Umweltpolitik, insbesondere Ökosteuern, befinden sich in einem Dilemma: Ist der Ökosteuersatz zu niedrig, bewirkt er zu wenig. Das ist gut erkennbar an der sogenannten Ökologischen Steuerreform (ÖSR), eingeführt in den Jahren 1999 bis 2003. Die Ökosteuersätze auf Strom, Brenn- und Heizstoffe bewegen sich zwischen 4 (Gas) und 10 Prozent (Benzin und Diesel) der damaligen Endverbraucherpreise. Mit Einführung der Ökosteuer ging zwar der Kraftstoffverbrauch 2003 im Inland um 7% Prozent gegenüber 1999 zurück, während er in den Jahren zuvor kontinuierlich angestiegen war (UBA 2005<sup>1</sup>). Simulationsrechnungen ergeben einen Beitrag der Ökosteuer von 60% Prozent (Ecologic 2002<sup>2</sup>). Die Autoren konstatieren allerdings, der Effekt sei nicht allein auf die Ökosteuer zurückzuführen, sondern auch auf gestiegene Rohölpreise und US-Dollar-Aufwertungen. Laut einer Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) verringert sich bei einem Anstieg der Kraftstoffpreise um 1 Prozent die Pkw-Fahrleistung kurzfristig um 0,15 Prozent und langfristig um 0,3 Prozent (Hautzinger/Mayer 2004<sup>3</sup>).

\* Schriftliche Fassung eines Vortrags bei den 58. Mündener Gesprächen am 29. Oktober 2016 in Wuppertal.

Bei 10% Ökosteuern wären das langfristig 3 Prozent Minderung. Wie auch immer die Wirkungen im Detail angerechnet werden können: Evident wird, dass solche Ökosteuersätze zu niedrig sind, um Änderungen beim Verbrauch in einer Größenordnung zu induzieren, die wir angesichts des Klimawandels und der Ressourcenknappheit benötigen.

Sind die Öko-Abgaben aber zu hoch, werden sie schnell unsozial. Eine Verteuerung des Konsums ohne Kompensationen belastet kleinere Einkommen überproportional. Sie trifft es am härtesten, wenn Nutzungsentgelte für Rohstoffe oder Emissionen über die Wertschöpfungsketten in die Preise im Laden und am Energiezähler einfließen. Mit der gleichmäßigen Rückverteilung der Einnahmen an alle Bürger hingegen durch einen Öko-Bonus ist es umgekehrt, da Ärmere einen unterdurchschnittlichen Umweltverbrauch haben. Eine Reihe von Forschungsergebnissen belegen diesen Zusammenhang.

- Der Jahres-Gesamtenergieverbrauch steigt mit dem Pro-Kopf Einkommen. Er lag bei einem monatlichen Einkommen unter 1000 € bei durchschnittlich 42.200 kWh im Jahr, bei Einkommen oberhalb von 2500 € pro Monat bei durchschnittlich 69.800 kWh.<sup>4</sup>

- Eine Auswertung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) über die finanziellen Belastungen durch die Ökologische Steuerreform 1999-2003, bei der der Verbrauch von Strom, Kraft- und Brennstoffen zum Zwecke einer Lenkung des Verbrauchsverhaltens mit (sehr geringen) Steuersätzen versehen wurde, ergibt einen stetigen Anstieg der Belastungen mit dem Haushaltseinkommen. Im unteren Zehntel (Durchschnitt 724 Euro/Monat) betrug die monatliche Mehrbelastung 7,60 Euro, im fünften Zehntel (Durchschnitt 1586 Euro) 13,63 Euro und im obersten Zehntel (Durchschnitt 4346 Euro) 20,43 Euro.<sup>5</sup>

- Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamts zeigt, dass die Ausgaben privater Haushalte für Energie stetig mit dem Einkommen steigen. Sie betragen etwa im Jahre 2010 für einen Single-Haushalt mit weniger als 900 € Nettoeinkommen monatlich 69 €, bei 2000 bis 2600 Euro 106 Euro und bei

mehr als 5000 Euro 153 Euro monatlich. Bei Paaren mit Kindern findet sich das gleiche Bild, wenn auch auf höherem Niveau: Je mehr Einkommen, desto höher die Ausgaben für Energie.<sup>6</sup>

- Das Infrac-Institut Zürich hat mit Hilfe ökonomischer Simulationen die Wirkungen von verschiedenen Formen der Ökosteuern verglichen und kam zu dem Ergebnis, dass eine Öko-Bonus-Lösung (also die paritätische Rückverteilung der steuerlichen Einnahmen) eine Umverteilung nach unten mit sich bringen würde.<sup>7</sup> Daher wurde in der Schweiz im Jahre 2007 auch diese Form der CO<sub>2</sub>-Besteuerung eingeführt. Eine „Lenkungsabgabe“ auf CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Kraft- und Heizstoffen, deren Erträge jedem Bürger über eine Gutschrift bei der Krankenversicherung zurückerstattet wurde (2016: 62 SF/Person).

Es ist also ein weit verbreiteter Irrtum, dass Ärmere mehr Umwelt verbrauchen. Genau umgekehrt ist es: Wohlhabende nutzen mehr Ressourcen, da sie mehr Wohnfläche pro Kopf bewohnen, mehr PKW-Kilometer fahren und mehr Elektrogeräte betreiben. Sie müssten daher überdurchschnittlich zahlen, würde ihr Konsum unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten besteuert: eine Besteuerung nicht irgendeines Konsums wie es bei der Mehrwertsteuer der Fall ist, sondern desjenigen, der unsere Umwelt nach unseren – weitgehend gemeinsam geteilten – gesellschaftlichen Vorstellungen in falscher Weise belastet, also dem Ziel einer „nachhaltigen Entwicklung“ zuwiderläuft. Ein Konsum, der zu viel CO<sub>2</sub>-Emissionen, Flächenverbrauch, Rohstoffentnahmen und -einführen zur Voraussetzung oder Folge hat.

Natürlich existieren auch Gegenbeispiele. Es gibt ärmere Menschen, die besonders verschwenderische Konsumpraktiken haben und höher belastet wären. Und es gibt Reichere, die besonderen Wert auf ressourceneffizienten Konsum legen. Genau das ist aber auch Teil des Prinzips „Tax and Share“: Für alle entsteht ein preislicher Anreiz, mit weniger Umweltverbrauch hergestellte und daher billigere Güter und Dienstleistungen vorzuziehen.

Was aber ist mit den Armen, die diese Auswahloption nicht haben – etwa Bewohner von schlecht isolierten Wohnungen? Hier würde sich endlich der politische Druck erhöhen, diese Pra-

xis einer aufgezwungenen Energieverschwendung zu beenden – etwa durch gezielte Förderprogramme, Modernisierungsaufgaben für Vermieter oder Mietminderungsrechte bei Unterlassung. Doch keineswegs müssen bei jedem Konsumprodukt sozial problematische Folgen einer Ökosteuer administrativ-ordnungsrechtlich abgemildert werden. Die Fälle, bei denen Ärmere zu überdurchschnittlichem Umweltverbrauch gezwungen sind, sind überschaubar.

Das Prinzip Öko-Bonus kehrt so das verteilungspolitische Dilemma der Ökosteuer in einen Vorteil der Kombination von Umwelt- und Sozialpolitik: Je höher die Sätze werden, desto größer wird der Umverteilungseffekt, und zwar international genauso wie intranational. Das Verfahren kann auf jeder räumlichen Ebene angewendet werden. Solange es etwa keine global verbindlichen Übereinkünfte gibt, kann auch ein Staat allein damit beginnen, seine zulässige Umweltnutzung durch Steuern bzw. Zertifikateverkauf zu begrenzen und durch die Rückverteilung der Einnahmen einen Umverteilungseffekt bei sich erreichen.

Als sozial gerechtere Alternative zu ökonomischen Instrumenten der Umweltpolitik wird – häufig von linker Seite – verstärkte Ordnungspolitik eingefordert, die über das Setzen von Grenzwerten für die Produktion giftiger Stoffe etc. hinausgeht. Die Politik soll umweltschädliche, „unnötige“ Konsumtionen schlicht und einfach verbieten. Ins Visier genommen werden dabei zuallererst die mit einem hohem symbolischen Luxus-, Schwachsinn- und Schädlichkeitsfaktor belegten Produkte wie Geländewagen, Südfrüchte, Fernreisen etc. Aber tendenziell alle ökologisch fraglichen Konsumtionen von unnötigen Autofahrten bis hin zu farbigem Toilettenpapier sollen für alle untersagt werden.

Dies ist verteilungspolitisch akzeptabel, weil es jeden gleich trifft und möglicherweise auch ökologisch zielführend, schränkt aber die individuelle Freiheit unzulässig ein. Wir können nicht im Detail vorschreiben, welche Fahrzeuge zu welchen Anlässen wann benutzt werden dürfen, welche Möbel in welchen Wohnungen aufgestellt werden dürfen bei wie viel Kindern, welche Speisen aus welchen Ländern ich zu welchen

Anlässen in welcher Menge zu mir nehmen darf etc. Das alles – und noch viel mehr – müsste nämlich festgelegt werden. Von welchem Standpunkt aus aber kann welcher Lebensstil untersagt bzw. gestattet werden? In welchen auch nur halbwegs demokratischen Verfahren sollte dies geschehen? Aus der Akzeptanz der Pluralität der Lebensstile in der Moderne folgt vielmehr, dass Regeln abstrakter werden müssen. Wenn wir nicht alles im Detail regeln können und wollen, kann dies nur über den Preis von Umweltnutzungen gehen. Nur er ermöglicht den Individuen eine der Moderne angemessene Handlungsfreiheit bei gleichzeitiger Setzung einer Grenze seines Gesamt-Umweltverbrauchs.

Durch ein Ökologisches Grundeinkommen (ÖGE) wird die Akzeptanz verschiedenster Lebensstile gewahrt, die im Rahmen der ökologisch-monetären Beschränkung gelebt werden können. Bestimmte Konsumtionen werden zwar unattraktiver, können aber einzeln bzw. in Maßen weiter vollzogen werden. Die umverteilende Wirkung des ÖGE sorgt dafür, dass diese individuelle Freiheit nicht auf Wohlhabende beschränkt bleibt, sondern sich im Gegenteil für alle Bevölkerungsteile eröffnet.

Diese Neutralität gegenüber verschiedensten Lebensstilen erreichen wir in der Praxis nur, wenn wir nicht das Endprodukt an der Ladenkasse mit einem Öko-Preisschild versehen, sondern am Anfang und am Ende der Produktions- und Nutzungskette besteuern: Wenn wir knappe Ressourcen aus der Erde holen oder wenn wir knappe Senken belasten. Das ist das Verfahren, dass nicht nur dem Problem – der Übernutzung dieser Ressourcen und Senken – am direktesten und genauesten „antwortet“ und daher auch neutral gegenüber dem ist, wofür diese Ressourcen und Senken verausgabt werden. Es ist zudem eine einfache und elegante Methodik der „Berechnung“ der Anteile dieser Ressourcen, da die Ökoabgaben über die Wertschöpfungskette (im Falle von Ressourcennutzung) und die Produkthaftung (im Falle von Nutzung von Senken bei Demontage) bis an die Ladenkasse weitergereicht werden. Wie sollten in 100.000 komplexen Endprodukten etwa die Anteile verschiedenster Ressourcen herausgerechnet werden – dies dazu noch

rechtssicher? Wer weiß, wie schwierig es etwa schon ist, allein die noch überschaubaren Rechenvorschriften etwa der Energieeinsparverordnung (ENEV), bei der es „nur“ um die Bestimmung des Primärenergiegehalts von Gebäuden geht, konsensual im Geflecht verschiedenster Anspruchsgruppen zu bestimmen, kann sich ein Bild von der praktischen Unmöglichkeit eines solchen Herangehens machen.

Die elegante ökonomische Mechanik einer Besteuerung ist freilich nur angemessen zur Bekämpfung der sogenannten „Umweltprobleme zweiter Ordnung“, der Übernutzung eigentlich ungefährlicher Substanzen. Bei den „klassischen“ Umweltproblemen erster Ordnung, der Toxizität bestimmter Stoffe wie etwa radioaktiver Strahlung oder Stickoxiden, sind nach wie vor ordnungsrechtliche Vorschriften für die Produktion und Nutzung das Mittel der Wahl. Ein gefährliches Atomkraftwerk etwa sollte auch dann nicht betrieben werden dürfen, wenn ein Konsument(inn)enkreis bereit ist, einen hohen Strompreis wegen einer Brennelementesteuer zu zahlen.

Die Idee des Tax and Share kann auch eigentumsphilosophisch über das Besitztum aller Menschen an der Erde und ihren natürlichen Ressourcen legitimiert werden. Eine erste Idee dazu findet sich schon bei Thomas Spence im Jahre 1796. Für landwirtschaftliche Nutzung sollte eine Bodenrente bezahlt werden, von der zwei Drittel regelmäßig an alle Bewohner, „die Jungen wie die Alten gleichermaßen“ regelmäßig auszahlen sei. Seine Ausgangsdiagnose war, dass nicht alle die Möglichkeit hätten, auf der Basis von Landbesitz von den Bodenerträgen durch Landwirtschaft zu leben, die Erde aber allen gehöre. Folglich habe jeder einen Anspruch auf einen Anteil dieser Erträge, die erst durch die Nutzung der Natur entstehen würden.<sup>8</sup>

Eine aktualisierte, sozusagen auf sämtliche knappe Ressourcen der Erde übertragene Form dieses Grundgedankens findet sich bei Peter Barnes („Kapitalismus 3.0“) mit seiner Idee eines „Sky Trust“.<sup>9</sup> Auch sein Ausgangspunkt ist die Annahme, dass die natürliche Umwelt mit ihrer Atmosphäre, ihren Ressourcen und ihren Senken ein Gemeingut aller Erdenbürger darstellt. Wer dieses Gemeingut nutzen will, hat die Eigentü-

mer um Erlaubnis zu fragen. Bei ökologisch problematischen Nutzungen wie etwa CO<sub>2</sub>, Flächen, Metalle etc. werden über den „Sky Trust“ Gebühren erhoben, die allen Erdenbürgern zustehen.

## 2 Grundeinkommen braucht Ökosteuer

Ein Öko-Bonus ist dasselbe wie ein kleines partielles bedingungsloses Grundeinkommen (BGE), sozusagen ein Nukleus seiner vollen Ausbaustufe: Ein monatlicher Geldbetrag in bescheidener, aber existenzsichernder Höhe, welcher ohne Zwang zu einer Gegenleistung und ohne Bedürftigkeitsprüfung als individueller Rechtsanspruch an jede(n) Bürger(in) ausgezahlt wird. Diese Reformidee für den Sozialstaat wird bisher hauptsächlich als Armutsverhinderung, Umverteilung nach unten, Entbürokratisierung, Kreativitätsförderung sowie als Teilhabegarantie<sup>10</sup> propagiert. Diese Qualitäten sind zweifelsohne wichtige Argumente. Es fehlt jedoch in der bisherigen Debatte weitgehend die ökologische Frage und eine Erörterung der Wirkung eines BGE auf Umweltverbrauch, Wachstum und soziale Beschleunigung. Dabei hat es hier einiges zu bieten, wie ich weiter unten erläutern werde.

Hier geht es zunächst um ein Gegenargument, dass häufig von grüner Seite angebracht wird: Die Zahlung eines Grundeinkommens führe zu mehr Kaufkraft, ohne dass dafür Anstrengungen unternommen werden müssten und dies ermögliche neue „Konsumparties“. Mit einem Grundeinkommen sind zweifelsohne verschiedene Lebensstile möglich, da es die Optionen und Entfaltungsmöglichkeiten der Einzelnen erhöht. Es erleichtert etwa Existenzweisen des Seins (statt des Habens), die eine Postwachstumsgesellschaft stützen würden. Aber es ist prinzipiell auch möglich, dass mit dem Grundeinkommen und der damit verbundenen Umverteilung nach unten mehr und vor allem ökologisch und sozial problematische Dinge konsumiert werden wie etwa mehr Flugreisen, mehr Fleischkonsum etc. In einer offenen Gesellschaft können wir nicht wissen, was genau die Leute unter Wohlstand verstehen werden: Ob sie die Freiheit des Grundeinkommens für mehr Zeitwohlstand oder mehr Konsum einsetzen werden.

Wir können eine in sozialer und ökologischer Sicht problematische Interpretation von Wohlstand aber legitimer Weise gesamtgesellschaftlich begrenzen (nicht individuell verbieten!), wenn wir Abgaben für problematische Umweltverbräuche erheben (z. B. für CO<sub>2</sub>-Emissionen, knappe Ressourcen, Nitrateinträge, Fischfang etc.), um sie zu begrenzen beziehungsweise zu reduzieren und genau damit das BGE finanzieren – ganz oder teilweise. Ein solches Ökologisches Grundeinkommen kombiniert das „grüne“ Ziel ökologischer Nachhaltigkeit mit dem „roten“ Ziel mehr materieller und sozialer Gleichheit und dem liberalen Ziel erweiterter individueller Freiheit.<sup>11</sup>

Mehr ökologische Ressourceneffizienz als erhoffter Erfolg „grüner“ ökonomischer Steuerung gefährdet dabei keineswegs die Finanzierung eines Grundeinkommens: Die Steuersätze auf problematische Ressourcennutzungen müssen nur kontinuierlich ansteigen. So bleibt der Anreiz zur Entwicklung weitergehender technischer und kultureller Alternativen dauerhaft erhalten und die finanzielle Basis des BGE gesichert. Eine langfristig geplante und absehbare Erhöhung von Umweltabgaben hat auch für Unternehmen Vorteile. Sie haben unter solchen sicheren Rahmenbedingungen eine größere Sicherheit, dass sich die aufwändige Entwicklung ressourcenarmer Produktalternativen lohnen kann.

### 3 Vom Haben zum Sein durch Grundeinkommen

Der Öko-Bonus oder die grüne Finanzierung des Grundeinkommens ermöglicht eine ambitionierte ökologische Besteuerung. Dies wird in jedem Fall zu „Ökologischer Modernisierung“ führen: Zu mehr Effizienz und mehr Konsistenz bei Herstellung, Gebrauch und Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen.

Ein Grundeinkommen wird aber auch – dies gilt zunächst unabhängig von der Art der Finanzierung – ein gastliches Umfeld bieten für eine Postwachstumsökonomie und -gesellschaft: Es kann wie ich im Folgenden zeigen werde, einen Prozess befördern, bei dem das gesellschaftlich nach wie vor dominante Paradigma des Produktivismus zurückgedrängt wird. Produktivismus

meint in diesem Zusammenhang Produzieren als Selbstzweck: Die Herstellung von möglichst vielen Produkten wird per se als positiv angesehen und Wirtschaftswachstum dementsprechend begrüßt, erhofft und gefördert. Es muss weiterhin von Produktivismus gesprochen werden, auch wenn diese Produkte öko-effizient hergestellt werden (grüner Produktivismus) oder auf die Steigerung von Dienstleistungen anstelle von Waren gesetzt wird (Dienstleistungs-Produktivismus).

Wie viele längst als ökologisch schädlich, sozial zweifelhaft oder die individuelle Entfaltung behindernd erkannte Produktionen oder Dienstleistungen werden heute allerdings nolens volens akzeptiert, wenn nicht sogar gefördert, weil daran in der kapitaldominierten Ökonomie elementar die ökonomische persönliche Existenz gekoppelt ist? Mit einem BGE im Rücken kann jede(r) zu solchen zweifelhaften Arbeitsangeboten eher „Nein“ sagen. Ökonomische Aktivitäten, die heute ausschließlich zu existenzsichernden Erwerbszwecken vorgenommen werden, stellen sich dann aufgrund der höheren ökonomischen Basis-Sicherheit durch Grundeinkommen als unattraktiver dar. Die Menschen werden tendenziell nur noch an denjenigen ökonomischen Tätigkeiten teilnehmen (wollen), die aus ihrer Sicht Sinn machen – in selbstverwirklichender, sozialer und ökologischer Hinsicht. Sie werden weniger, aber authentischer.<sup>12</sup> Was auch immer übrig bleibt an Erwerbsaktivitäten, sie werden eher dem Denken und Fühlen der Menschen entsprechen.

Ein BGE bewirkt nicht nur mehr Basissicherheit, sondern auch weniger Ungleichheit. Es ist mit Umverteilung nach unten verbunden – unabhängig von der Art seiner Finanzierung. Ob durch Steuern auf natürliche Ressourcen, Einkommen, Gewinn oder Erbschaften: Wohlhabende zahlen immer mehr als sie herausbekommen. Die Hierarchieleiter wird aber nicht nur in ökonomischer Hinsicht flacher werden. Durch die universelle Auszahlung des BGE würden sich alle auch sozial gleicher und damit akzeptierter fühlen. Dies wird zu weniger rein statusbedingten Aufholjagden führen. Dieser Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Ungleichheit und ökonomischen Aktivitäten ist nicht nur (linke) Theorie. Ein Vergleich verschiedener Industrieländer

zeigt, dass mit Zunahme der Einkommensungleichheit die Zahl der Arbeitsstunden pro Kopf steigt. In den sozial ungleicheren USA ist sie mit ca. 1800 Stunden pro Jahr deutlich höher als etwa in Schweden mit ca. 1500.<sup>13</sup>

Das ökonomisch notwendige Passtück zum Produktivismus ist der Konsumismus. Die kulturelle Orientierung am „immer Mehr“ und „immer Vielfältiger“ ist weitgehend ungebrochen. Der Versuch, das begrenzte Leben mit einem Maximum konsumtiver Events zu füllen, die „Verheißung der Beschleunigung“ (Hartmut Rosa), ist zwar in den letzten Jahren in die Kritik geraten. Der Wunsch nach Entschleunigung taucht nicht nur mit Blick auf die eigene Lebensqualität auf. In der ökologischen Debatte wird seit langem ein ressourcenleichter Lebensstil des Weniger propagiert. Doch offensichtlich kommt dieser seit 20 Jahren von vielen zivilgesellschaftlichen und auch staatlichen Institutionen (etwa: Umweltbundesamt) mit viel medialem Aufwand betriebene Appell jenseits kleiner avantgardistischer Gruppen nicht an.

Ein BGE mit seiner ökonomischen Basissicherheit vergrößert den Raum für das Ausprobieren anderer Lebensstile. Es eröffnet allen Chancen, aus der Tretmühle „Erwerbsarbeit-Konsum-Erwerbsarbeit“ zunächst auf Probe auszusteigen. Die Fallhöhe beim Scheitern oder Nicht-Gefallen wäre nicht so groß wie heute, wo die Aufgabe eines Jobs den Anfang eines langen sozialen Abstiegs bedeuten kann. Neue Lebensstile des „Weniger“, des „Zeitwohlstands“ und des „Gemeinsam“ hätten eine Chance, auch jenseits von randständigen Milieus bzw. Avantgarden mit höherem Problembewusstsein, Selbstwirksamkeitserwartungen und Risikoakzeptanzen ausprobiert und geschätzt zu werden. Auch die mit BGE eher mögliche Reduktion von Erwerbsarbeitszeit fördert die Suche nach Lebenslauf-Alternativen. Der Psychoanalytiker Erich Fromm schrieb: „Bisher war der Mensch mit seiner Arbeit zu sehr beschäftigt (oder er war nach der Arbeit zu müde), um sich ernsthaft mit den Problemen abzugeben: ‚Was ist der Sinn des Lebens?‘, ‚Woran glaube ich?‘, ‚Welche Werte vertere ich?‘, ‚Wer bin ich?‘ usw. Wenn er nicht mehr ausschließlich von seiner Arbeit in Anspruch genommen ist, wird es ihm entweder freistehen,

sich ernsthaft mit diesen Problemen auseinander zu setzen oder er wird aus unmittelbarer oder kompensierter Langeweile halb verrückt werden.“<sup>14</sup>

Ein sicheres Grundeinkommen schafft zudem die sozialpsychologischen Voraussetzungen für ein Gefühl der Fülle und damit für eine dekonsumistische Einstellung. Fromm: „Eine Psychologie des Mangels erzeugt Angst, Neid und Egoismus, [...]“ (ebd.). Erst jenseits dieser Ängste des Zurückbleibens bzw. des Abgehängt-Werdens könnten Sinnfragen eben nicht mit einer Steigerung des Konsums von Gegenständen, Urlauben, Beziehungen etc. beantwortet werden. Das für eine weniger konsumistische Einstellung notwendige Gefühl der Fülle ist nicht nur abhängig vom Vorhandensein einer materiellen Basissicherheit.

Das Zufriedenheitsgefühl des Einzelnen hängt ebenso von der Stellung innerhalb der Hierarchie einer Gesellschaft ab beziehungsweise von ihrer Hierarchieförmigkeit. Je ungleicher sie ist, desto weniger kann sich ein Gefühl der Fülle einstellen, auf allen Hierarchiestufen. Pickett & Wilkinson fanden heraus: Je ungleicher Gesellschaften sind, desto geringer ist die Sparquote. Sie geben dafür eine einleuchtende Erklärung: Mit Waren und Dienstleistungen können die Menschen ihren Status anzeigen. Wer unten ist oder sich dort wähnt, kann ihn durch demonstrativen Konsum etwas erhöhen, auch wenn er es sich finanziell nicht leisten kann. Auch wer sich in der Mitte positioniert, versucht dies durch statusgemäße Ausstattung zu beweisen. Um mitzuhalten oder sogar zu zeigen, dass er eigentlich ein bisschen höher steht, ist er bereit, sich zu verschulden. Nach einer Untersuchung von Hemenway & Solnick<sup>15</sup> würde die Hälfte der Befragten auf fünfzig Prozent ihres Einkommens verzichten, wenn sie dafür mit anderen gleichgestellt wären.

Ungleichheit als Konsumtreiber ist keineswegs nur in ökonomischer Hinsicht zu verstehen. Wer sich in seinen sozialen Beziehungen, bei der Arbeit, in der Politik etc. unterdrückt sieht, wird dies eher durch Konsum kompensieren (wollen) als Zufriedenere: „Jetzt gönne ich mir auch mal etwas“. Menschen, die sich in ihren Zusammenhängen aufgehoben und gewürdigt fühlen, haben dies weniger nötig. Es ist nicht nur die



moderne Kultur der Verheißung maximaler Lebensausfüllung, die die Menschen nach möglichst viel Konsum von Gütern und Erlebnissen streben lässt<sup>16</sup>, sondern auch die Ungleichheit und Herrschaftsförmigkeit einer Gesellschaft.

Daraus folgt: Soll das Weniger-Konsumieren nicht nur für besondere Milieus attraktiv sein, muss die Gesellschaft weniger herrschaftsförmig werden. Ein genügsamerer Lebensstil, eine „Eleganz der Einfachheit“ (Wolfgang Sachs) kann sich nur entwickeln auf der Basis freiheitlicher Lebensalltage. Wer sich in welcher Weise auch immer unterdrückt fühlt, ständig ein Gefühl der Knappheit empfindet und seine Arbeit als entfremdet wahrnimmt, wird sich nicht zu neuer Bescheidenheit überzeugen lassen. Zur Kompensation benötigt man vielmehr demonstrativen Status-Konsum, entschädigende Erlebniswelten und führt Aufholjagden. Ein BGE stärkt das ökonomische und das sozialpsychologische Gefühl der Gleichheit und reduziert damit den Konsum um dieses „Haben-Müssen“ aufgrund der Unzufriedenheit mit der eigenen sozialen Stellung. Mit Grundeinkommen werden die Motive für erwerbsökonomische Aktivitäten der Menschen weniger überformt durch unsichere und hierarchische Verhältnisse. Wir können es daher auch als „Authentizitätspauschale“ bezeichnen.

Die Finanzierung eines BGE wird durch die deproduktivistische Wirkung nicht angegriffen. Werden weniger Güter konsumiert und produziert, wird zwar das Steueraufkommen für das Grundeinkommen sinken. Sein Anteil an der Gesamtwertschöpfung aber und damit die soziale Wirkung kann konstant bleiben. Es werden zum Beispiel Regelungen vorgeschlagen, die Höhe der Auszahlung an die Entwicklung des BIP zu koppeln. Bei weniger Erwerbstätigkeit wird es dann weniger monetäres Grundeinkommen geben. Gleichzeitig vollzieht sich aber ein Wandel zu einer Kultur des Weniger und/oder zu unbezahlten Tätigkeiten, mehr Eigenarbeit, Gemeinschaftsarbeit etc.. Der Grad einer solchen Demonetarisierung von Arbeit kann nicht vorausgesagt werden, jedoch erlaubt ein Grundeinkommen hier eine große Bandbreite. Die soziale Sicherheit besteht aus einem monetarisierten und einem demonetarisierten Anteil, deren Gewichte

nicht vorherbestimmt werden können und die im historischen Verlauf und regional variabel sein werden.

#### **4 Steuern: Auf Umweltverbrauch statt noch mehr auf Arbeit**

Die „Existenzweise des Seins“ (Fromm) muss sich gerade auch in der Sphäre der Arbeit entwickeln können. Durch ein BGE kann der Anteil selbstorganisierter Bürger(innen)- und Gemeinschaftsarbeit, die schon per Definition weniger am Profit, am „Haben“ ausgerichtet ist, steigen. Doch auch in der Erwerbsarbeit darf nicht weiterhin primär das Haben im Vordergrund stehen – diese Dualität in der subjektiven Grundorientierung wäre möglicherweise auf Dauer zu instabil. Mit der größeren Wahlfreiheit im Rücken können in einer Gesellschaft mit Grundeinkommen jedoch auch in der Erwerbsarbeit Ansprüche ans Sein wie etwa Partizipation und Selbstverwirklichung gestellt werden. Damit deren Realisation allerdings nicht durch die wettbewerbsbedingte Zeitknappheit in der Erwerbsarbeitswelt erschwert wird, ist es nötig, das Verhältnis von Steuern auf Arbeits(zeit)einsatz und Ressourcenverwendung zugunsten letzterer zu verändern. Auch deswegen sollte das Grundeinkommen nicht vorwiegend aus Steuern auf Arbeit finanziert werden.

Die partizipative Entwicklung und Gestaltung von Produkt und Produktion, sozusagen deren soziale Qualität, ist zeitaufwändig. Das Gleiche gilt für die Erfüllung ökologischer Ansprüche, etwa die Verbesserung von Ressourcen- und Energiebilanzen. Dafür muss über vieles intensiver nachgedacht werden können und die Ausführung langsamer von statten gehen dürfen. Diejenigen Unternehmen, die auf soziale und ökologische Qualität Wert legen, werden höhere Arbeitskosten haben. Um ökonomisch gegen die Schnellen bestehen zu können, dürfen diese Mehr-Arbeitskosten weniger ins Gewicht fallen als die Einsparung an Ressourcenkosten, die sie durch ihre zeitaufwändige Gründlichkeit erreichen. Die energetisch gut überlegte und mit Muße ausgeführte Renovierung eines Gebäudes etwa wird dann ökonomisch attraktiver als ein



schneller „Pfusch“ oder gar ein Neubau. Und ein täglicher Besuch mit einem persönlichen Gespräch im Rahmen sorgender Pflege fällt kostenmäßig weniger ins Gewicht als der Kauf eines automatischen Medikamenten-Dosiergeräts mit Fernüberwachung und computergeneriertem „Dialog“.

Langsamkeit, Partizipation und Qualität werden durch weniger Steuern auf Arbeit und mehr Steuern auf Ressourcen konkurrenzfähiger und damit auch die Seins-Orientierung in der Sphäre der Erwerbsarbeit. Dafür gibt es durchaus ein Bedürfnis: Viele Beschäftigte klagen heute, dass ihnen aufgrund des Kostendrucks immer weniger Zeit bleibt, ihre eigentlichen beruflichen Fähigkeiten und Ansprüche in Ruhe umsetzen zu können.

Während eine Erhöhung der Arbeitskosten eher Arbeitsverdichtung und damit Beschleunigung zur Folge haben kann, lässt sich mit der Finanzierung des Grundeinkommens über Ökosteuern Entschleunigung und Partizipation, und damit wieder mehr Lebenswelt (Habermas) auch im ökonomischen System stützen. Allerdings wäre dieses keineswegs zwingend – vielmehr handelt es sich um eine sich neu ergebende Option. Die Entschleunigung von Transport oder Produktion durch die Verschiebung der finanziellen Gewichte von Zeit- zu Ressourcenkosten wird zwar ökonomisch günstiger, doch ebenso wird die Aufrechterhaltung oder weitere Steigerung des Tempos technischer Vorgänge möglich sein, sofern dies gewünscht wird. Wer schnell oder schneller irgendwo hingelangen möchte, kann dies weiterhin tun. Es muss ihm allerdings so wichtig sein, dass er bereit ist, dafür auch mehr zu bezahlen (so wie es jetzt mit den Bahnfahrer(inne)n ist, die aus Überzeugung mehr bezahlen, obwohl sie meistens langsamer vorwärts kommen als mit dem Auto oder Flugzeug). Wer mit schnelleren Maschinen oder Verfahren produzieren möchte, weil Kund(inn)en diese Schnelligkeit haben möchten, kann dies weiterhin tun – mit höheren Kosten. Zudem sind die langsamen Varianten auch mit Ökosteuern keineswegs immer günstiger. Wenn sie von den Produzent(inn)en als unangenehmer empfunden werden, etwa das Ernten per Hand anstelle der Benutzung einer durch Ressourcen-

steuern teurer gewordenen Maschine, werden diese Arbeitsvarianten im Preis steigen. Das Grundeinkommen mit seiner Macht, „Nein“ zu sagen, erlaubt es, dafür höhere Löhne zu fordern. Findet jemand die langsamere Variante allerdings authentischer, wird er bereit sein, dies auch für weniger Geld zu machen – und sie wird aufgrund der geringeren Kosten auch Abnehmer(innen) finden.

Dasselbe gilt für den „Ausstieg“ aus der Effizienz eines rein geldgesteuerten Subsystems „Wirtschaft“, welches sich gegenüber sozialen Ansprüchen weitgehend verselbständigt bzw. „funktional differenziert“ hat. Wem es wichtig ist, mit wenig Zeiteinsatz schnell Geld zu verdienen, kann dies weiterhin in einem ausschließlich auf hohe Arbeitsproduktivität orientierten und möglicherweise hoch hierarchisch organisierten Betrieb tun. Keiner ist gezwungen, in diskursiv-lebensweltlich integrierten Sphären seine Zeit zu verbringen, auch nicht in einer Postwachstumsgesellschaft. Gerade ein Grundeinkommen ermöglicht eine freie Wahl für verschiedene Lifestyle of Degrowth – auf einem Kontinuum von Subsistenz bis Erwerbstätigkeit.

Ob sich Produktionen, sozialer Wandel oder Kulturen mehr oder weniger beschleunigen, hängt unter den freiheitlichen Wahlmöglichkeiten des BGE davon ab, als wie authentisch die Produzent(inn)en und Konsument(inn)en diese selber empfinden. Das ist Zeit-Wohlstand: Die Verfügung über mehr oder weniger Beschleunigung. Das Grundeinkommen ist ein Bremspedal, das benutzt werden kann. Eine „zeitbewusste Ökonomie“ mit Respekt vor den „Eigenzeiten“ von Mensch und Umwelt (Fritz Reheis) wird möglich.

## Anmerkungen

- 1 Umweltbundesamt (UBA) 2005: Was bringt die Ökosteuer – Weniger Kraftstoffverbrauch oder mehr Tanktourismus? Dessau.
- 2 Ecologic 2002: Ökosteuer – Stand der Diskussion und der Gesetzgebung in Deutschland, auf der EU-Ebene und in anderen europäischen Staaten. Berlin.
- 3 Hautzinger, Heinz/Mayer, Karin u.a. 2004: Analyse von Änderungen des Mobilitätsverhaltens – insbesondere der PKW-Fahrleistung – als Reaktion auf gestiegene Kraftstoffpreise. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Bonn.
- 4 Bilharz, Michael 2008: „Key Points“ nachhaltigen Konsums, Marburg 2008.
- 5 DIW Wochenbericht 14/2009.

- 6 Statistisches Bundesamt 2010: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Konsum. Fachserie 15, Heft 5.
- 7 Infras (o.J.): Soziale und räumliche Wirkung von Energieabgaben. Studie im Auftrag des Bundesamtes für Energie, Bern.
- 8 Spence, Thomas (1796): The rights of infants. <http://www.thomas-spence-society.co.uk/rights-of-infants/> (Abruf 29.03.2017)
- 9 Barnes, Peter (2008): Kapitalismus 3.0. Ein Leitfadens zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter, Hamburg.
- 10 Die Co-Vorsitzende der Linkspartei Katja Kipping etwa nennt das Grundeinkommen eine „Demokratiepauschale“.
- 11 Das Konzept des Ökologischen Grundeinkommens wird grundlegend dargelegt und hinsichtlich verschiedenster Einwände (etwa: Ökonomisierung von Umwelt, Individualisierung von Verantwortung, soziale Ungerechtigkeit) diskutiert in: Schachtschneider 2014: Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit. Mit dem ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle, München.
- 12 Für die Weniger-Erwerbsarbeit-Wirkung des Grundeinkommens gibt es auch empirische Hinweise: Ein Ergebnis etwa des von 1974 bis 1978 in Kanada durchgeführten Grundeinkommensexperiments „Mincome“ war, dass das Arbeitsangebot der Grundeinkommen Beziehenden um ein bis sieben Prozent zurückging. Vgl: Forget, E. (2011): The Town with no Poverty. University of Manitoba.
- 13 Pickett & Wilkinson 2010: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin. Original: Pickett, K.; Wilkinson, R. (2009): The Spirit Level. Why More Equal Societies Almost Do Better. London.
- 14 Fromm, E. (1999): Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle, in: Gesamtausgabe in zwölf Bänden, Band V, S. 309-316. München 1999. Original (1966): The Psychological Aspects of Guaranteed Income, New York.
- 15 Hemenway, D. & Solnick, S. (2005): Are Positional Concerns Stronger in Some Domains Than in Others? *American Economic Review* 95(2), pp. 147-151.
- 16 So die Erklärung von Hartmut Rosa in: Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung – Umriss einer neuen Gesellschaftskritik, Frankfurt/M. 2012.

## B Ü C H E R

### Kenneth S. Rogoff Der Fluch des Geldes - Warum unser Bargeld verschwinden wird

München: FinanzBuch Verlag, 2016. 352 Seiten.

Rogoffs Buch ist ungemein wichtig, denn immer noch wird die entscheidende Rolle des Bargelds von vielen Menschen, darunter insbesondere studierten Ökonomen, nicht gesehen. Schon im Vorwort macht der ehemalige Chefökonom des Internationalen Währungsfonds jedoch deutlich, „dass die Papiergeldwährung (Bargeld) das Kernstück einiger der am schwersten zu lösenden gegenwärtigen Probleme der öffentlichen Finanzwirtschaft und des Bankenwesens bildet.“ (S. 6)

Rogoff war bereits 1998 für eine Abschaffung der großen Geldscheine eingetreten, um Steuerhinterziehung und kriminelle Machenschaften zu erschweren, die von der Anonymität und der Null-Prozent-Rendite des Bargelds profitieren. Zur gleichen Zeit beschäftigte er sich aber auch mit der Nullzinsgrenze, dem Zero Lower Bound, denn er kommentierte Paul Krugmans berühmten Aufsatz über Japan in der Liquiditätsfalle („It’s baaack!“) und stimmte Krugman damals weitgehend zu.

In seinem neuen Buch verbindet Rogoff nun beide Themen: die Kriminalitätsbekämpfung und die Deflationsbekämpfung, die beide Maßnahmen in Bezug auf das Bargeld erfordern. Und schon in der Einleitung hebt er die besondere Bedeutung Silvio Gesells hervor: „Gesells Lösung für die Liquiditätsfalle bereitete den Weg für Keynes’ berühmte Schlussfolgerung, die Regierungsausgaben seien der Schlüssel zum ökonomischen Aufstieg aus der Weltwirtschaftskrise. Womöglich käme Keynes heutzutage zu einem völlig anderen Schluss (...). Es ist heute keinesfalls mehr unpraktikabel, negative (oder positive) Zinsen auf elektronische Währungen zu zahlen.“ (S. 15) – Auch hier unterstreicht Rogoff die historische Dimension einer Bargeldlösung.

Man könne sich das Papiergeld als „anonyme Null-Prozent-Anleihe“ vorstellen. „So trivial das Problem auch aussehen mag, die Null-Prozent-Anleihe hat im Wesentlichen die Finanzpolitik

### [www.monnetta.org](http://www.monnetta.org)

Das 2003 von Prof. Dr. Margrit Kennedy gegründete „**Money Network Alliance**“ (MonNetA) versteht sich als ein professionelles Netzwerk zur Information und Aufklärung über komplementäre Geldsysteme. Im Dezember 2013 wurde MonNetA von Margrit Kennedy und Kathrin Latsch als gemeinnützige GmbH neu gegründet. Nach dem Tod von Margrit Kennedy wurde ihre Tochter Antja Gesellschafterin; Kathrin Latsch ist geschäftsführende Gesellschafterin. Die Mitglieder des Netzwerks MonNetA führen die Arbeit von Margrit Kennedy fort und bieten auf dieser Website Informationen über Probleme des Geldsystems und über Lösungsansätze.